

Bürgerantrag gemäß § 24 GO NRW / Punkt 7 der Hauptsatzung der Stadt Dülmen)
Lokale Schritte für die Ächtung von Atomwaffen

Der Rat der Stadt Dülmen hat am 19. Oktober 2017 einstimmig beschlossen, dem Bündnis "Bürgermeister für den Frieden / Mayors for peace" beizutreten, das vom Bürgermeister aus Hiroshima gegründet wurde und das völlige Verbot von Nuklearwaffen verfolgt. Die Friedensfreunde Dülmen finden, dass die Stadtverordnetenversammlung nach diesem wegweisenden Beschluss prüfen sollte, wie ein Verbot von Atomwaffen auf lokaler Ebene unterstützt werden kann.

Die Friedensfreunde Dülmen stellen daher den folgenden Bürgerantrag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Dülmen möge beschließen:

1. Die Stadtverwaltung Dülmen informiert in einem Schreiben benachbarte Kommunen, die bislang noch nicht Mitglieder sind (z. B. Ascheberg, Billerbeck, Coesfeld, Haltern, Olfen, Reken, Rosendahl, Selm, Senden, Waltrop, usw.) über den Beitritt der Stadt Dülmen zum Bündnis „Bürgermeister für den Frieden“ und lädt diese Kommunen ein, ebenfalls Mitglieder zu werden.
2. Die Stadtverwaltung Dülmen berät mit den Gemeinden, die bereits Mitglieder der „Bürgermeister für den Frieden“ sind (Nottuln, Havixbeck, Lüdinghausen, Münster, Greven, Marl, Dorsten und Recklinghausen), welche kommunalen und regionalen Schritte man gemeinsam einleiten kann, um lokale Schritte zur gesellschaftlichen Ächtung von Massenvernichtungswaffen und zur Friedenserziehung zu entwickeln.
3. Die Stadtverwaltung Dülmen wird ihre Bürger_innen am 8. Juli 2018 zu einer öffentlichen Feierstunde einladen, wenn die Bürgermeisterin die Flagge der „Mayors for peace“ hisst. Diese öffentliche Einladung wird zum 8. Juli jährlich wiederholt.
4. Die Stadtverwaltung Dülmen prüft mit Kindergärten und Schulen, mit welchen Beiträgen eine Erziehung zum Frieden und zum gewaltlosen Dialog gefördert werden kann.
5. Die Stadtverwaltung Dülmen nutzt zukünftig Jahres- und Gedenktage zum Thema Krieg und Frieden, um die Bürgerschaft zu Initiativen für Frieden und Abrüstung zu ermutigen.

Zur Begründung:

Das Nobelkomitee vergibt den diesjährigen Friedensnobelpreis an die internationale Kampagne gegen Atomwaffen (ICAN). Der SPIEGEL kommentierte das am 6. Oktober 2017 mit den Worten: "Kämpfer für eine Welt ohne Atomwaffen, ... jene, die das Ende der Zivilisation verhindern wollen. Doch ihr Feldzug wirkt von Jahr zu Jahr aussichtsloser."¹ Auch andere Medien loben ICAN und stellen sie gleichzeitig als Idealisten dar, deren Einsatz vergeblich ist.

Der Arbeit von ICAN ist zu verdanken, dass 122 Staaten ein UN-Abkommen zum völligen Verbot von Atomwaffen beschlossen haben, der seit dem 7. Juli 2017 bereits von 53 Staaten ratifiziert wurde. Die Bundesregierung gratulierte der ICAN zur Verleihung des Friedensnobelpreises, weigert sich aber bisher, das UN-Abkommen zum Verbot der Atomwaffen ebenfalls zu unterzeichnen.

¹ <http://www.spiegel.de/politik/ausland/friedensnobelpreis-2017-fuer-ican-idealisten-auf-verlorenem-posten-kommentar-a-1171649.html>

Die Friedensfreunde Dülmen arbeiten an weitergehenden Zielen:

1. Die Bundesregierung soll den UN-Vertrag zum Verbot der Nuklearwaffen unterstützen.
2. Die 20 Atombomben, die derzeit im Militärflughafen Büchel in der Eifel stationiert sind (wo Piloten der Luftwaffe deren Abwurf trainieren), sollen aus Deutschland abgezogen werden, da sie die Sicherheit nicht erhöhen. Die Militärs halten Atomwaffen für militärisch unsinnig, da sie zur Vernichtung dessen führen, was verteidigt werden soll.
3. Gemeinsam mit Menschen in Gewerkschaften und einigen Parteien wollen wir die geplante Erhöhung des Rüstungsetats auf 2% des BIP verhindern; JEDE Erhöhung von Rüstungsausgaben verringert das Geld für andere wichtige gesellschaftliche Ausgaben.

Zu den rechtlichen Möglichkeiten der Verwaltung, als Kommune aktiv zu werden, verweisen wir auf die Ausführungen der Bürgermeisterin zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 14.12.1990 – Az: 7 C 58.89, das sich mit der Rechtmäßigkeit eines Beitritts zum Bündnis „Mayors for peace“ befasste. Wenn das BVerwG im Revisionsverfahren der Ansicht war, ein Beitrittsbeschluss bewege sich im Bereich der verfassungsrechtlich verbürgten Selbstverwaltung, dann ist die lokale Ausgestaltung der Mitgliedschaft in diesem Bündnis erst recht kommunale Aufgabe, die mit dem Verfassungsgebot zur Wahrung des Friedens (Präambel und Artikel 26 GG) übereinstimmt. Diese zentralen Forderungen können auf unsere Stadt Dülmen heruntergebrochen werden; daran arbeiten die Friedensfreunde bei ihrem "Projekt Friedenstadt Dülmen".

Erste Schritte hierzu würden aus unserer Sicht in der Entwicklung einer regionalen informellen Zusammenarbeit von Kommunen (auch über Kreisgrenzen hinaus) zur Friedensarbeit bestehen, um das Bündnis regional mit Leben zu füllen.

Hierzu gehören auch die Friedenserziehung für Kinder und Jugendliche in Dülmener Einrichtungen. Das Beispiel der Hermann-Leeser-Schule zeigt, wie man auch außerhalb des Lehrplanes Jugendliche für den Themenbereich begeistern kann. Zu einer Erinnerungsarbeit gehört auch die Nutzung von Gedenktagen und Jahrestagen – außerhalb des bisherigen 5-Jahreszeitraumes. Darauf werden sich die Friedensfreunde ebenfalls konzentrieren.

Kosten:

Wir sind keine Haushaltsexperten. Aber die Kosten für eine Kooperation sind aus unserer Sicht überschaubar und auch bei einer schwierigen Haushaltslage umzusetzen. Auf Kreisebene gibt es Kontakte und Gremien wie die Konferenz der Bürgermeister, Kontakte zu Gemeinden außerhalb des Kreises im Münsterland könnten weitgehend schriftlich oder anlässlich anderer Treffen erfolgen.

Die Gestaltung kleiner öffentlicher Gedenkfeiern und von Gedenktagen beschränkt sich auf die Öffentlichkeitsarbeit und den Aufruf zur Teilnahme (gesellschaftliche Kräfte wie die Musikschule, die Gewerkschaften, die Friedensfreunde, usw. sind sicher bereit, durch eigene Beiträge solche Feierstunden zu gestalten.

Auch Beiträge zur Friedenserziehung für Kinder und Jugendliche sind mit wenig Aufwand umzusetzen (so planen die Friedensfreunde am Sonntag, den 28. Januar 2018, eine Exkursion zum Kriegs- und Widerstandsmuseum in Aalten/Niederlande, um Erinnerungen an den Nationalsozialismus, den deutschen Überfall und die jahrelange deutsche Besatzung in unserem Nachbarland auch für junge Teilnehmer verfügbar zu machen.).